



d'Meenung

vum  
mouvement  
écologique

---

Für eine Demokratisierung  
des Gemeindesyndikats-  
Gesetzes

---

Januar 1991

# Für eine Demokratisierung des Gemeindesyndikats-Gesetzes

**Loi du 29 juillet 1981 modifiant et complétant la loi modifiée du 14 février 1900 concernant la création des syndicats de communes**

## Vorschläge des Mouvement Ecologique

Das wachsende Aufgabenfeld der Gemeinden im sozialen, kulturellen, wirtschaftlichen und Ökologischen Bereich setzt dementsprechende Strukturen voraus. Im Hinblick auf eine grösstmögliche Effektivität sowie aus landesplanerischen Überlegungen heraus drängt sich der weitere Ausbau der interkommunalen Zusammenarbeit auf regionaler/kantonalen Ebene auf. Die Tatsache, dass in den letzten Jahren eine Vielzahl an Syndikaten entstand, bestätigt diese Einschätzung der Situation.

Die interkommunale Zusammenarbeit erweist sich so z.B. von Vorteil in folgenden Bereichen:

- Abfallwirtschaft;
- Regionale Industriezone;
- Soziale Einrichtungen (Essen auf Rädern, maintien à domicile...);
- Kultur resp. Tourismus;
- Konkrete Naturschutzmassnahmen;
- Energie- und Verkehrskonzepte;
- ...

In letzter Zeit wurde jedoch, trotz allgemeiner Anerkennung der Wichtigkeit von interkommunalen Syndikaten, verstärkt Kritik an der aktuellen Entwicklung laut. Bemängelt wird dabei besonders, dass:

- eine Abkoppelung der Entscheidungsprozesse zwischen kommunaler und interkommunaler Ebene stattfindet;
- entsprechende Meinungsbildungsprozesse auf kommunaler Ebene nicht mehr stattfinden;
- eine unübersichtliche Vielzahl an Syndikaten mit unterschiedlicher Zielsetzung entsteht;
- der Bürger (wie auch die Gemeinderäte) so immer weniger Bezug resp. Einflussmöglichkeiten auf wesentliche Entscheidungen, die ihre Gemeinde betreffen haben.

Die Grundursache für diese sicher berechtigten Kritiken liegen neben den fehlenden landesplanerischen Vorgaben, in erster Linie in der undemokratischen Struktur des Gemeindesyndikats-Gesetzes.

Beispiele der Vergangenheit haben zur Genüge aufgewiesen, mit welchen negativen Folgen das aktuelle Syndikatsgesetz verbunden ist:

- So wurde z.B. der dritte SIDOR-Ofen im Namen der Gemeinden von der Syndikatsleitung beschlossen, ohne dass die Gemeinderäte im Detail informiert waren und ohne, dass sie darüber beraten hatten. Einerseits kamen dadurch erhebliche finanzielle Ausgaben auf die Gemeinden zu und andererseits wurde die Zielrichtung der zukünftigen Abfallpolitik der SIDOR festgelegt;
- Das Syndikat "Réidener Kanton" beabsichtigte einen bestimmten Betrag festzulegen, ab welcher die Vertreter der Mitgliedsgemeinden Rücksprache mit ihrem Gemeinderat nehmen müssten bevor sie ihre Zusage zu einer Investition geben könnten. Dies wurde jedoch vom Innenministerium mit dem Hinweis verweigert, das Syndikatsgesetz würde eine solche Vorgehensweise ausschliessen.

## **Konkrete Verbesserungsvorschläge**

### **1. Sitzungen unter Ausschluss der Öffentlichkeit**

Das Gesetz sieht vor, dass die Sitzungen des Syndikatsvorstandes - im Gegensatz zu den Gemeinderatssitzungen - nicht öffentlich sind.

Dadurch sind sie weder dem einzelnen Bürger, Bürgergruppen, Interessevertretungen noch der Presse zugänglich, so dass eine öffentliche Meinungsbildung nicht stattfindet.

*Der Mouvement Ecologique fordert:*

Analog zu den Gemeinderatssitzungen sollen die Syndikatsitzungen der Öffentlichkeit zugänglich sein. Es gibt keinen ersichtlichen Grund, warum die kommunalpolitischen Entscheidungen hinter geschlossenen Türen getroffen werden sollen.

### **2. Ungenügende Information der Gemeindepolitiker**

\* Lediglich die Vertreter der Gemeinden in den Syndikaten erhalten die Tagesordnung der einzelnen Sitzungen im Voraus. Das Gesetz schreibt nicht vor, dass auch die Gemeinden selbst diese erhalten müssen. Es obliegt demnach der Willkür der jeweiligen Vertreter, ob sie die Tagesordnung an die Gemeinde- resp. Schöffenräte weiterleiten und eventuell bestimmte Tagesordnungspunkte im Voraus in der Gemeinden besprechen, oder ob sie gänzlich nach ihrem persönlichen Gutdünken vorgehen.

So sind die Gemeinden kaum in der Lage ihren Vertretern Weisungen mit auf den Weg zu geben. Werden die Sitzungsberichte und die Entscheidungen vom Innenminister genehmigt, sind die Entschlüsse der Syndikate allerdings praktisch unumstösslich.

\* Desweiteren werden die in den Syndikatsitzungen besprochenen Themen nicht automatisch in den Gemeinderatssitzungen erörtert, so dass keineswegs sichergestellt ist, dass die Gemeinden in den Meinungsbildungsprozess eingebunden sind.

\* Die Sitzungsberichte sind nur den Vorstandsmitgliedern, dem Innenministerium und den betroffenen Gemeinden zur Einsicht offen. Der Bürger hat, im Gegensatz zu den Deliberationen eines Gemeinderates, also keine Möglichkeit Sitzungsberichte eines Syndikates einzusehen.

*Der Mouvement Ecologique fordert:*

\* Ausser in Ausnahmefällen, muss die Tagesordnung der einzelnen Syndikatsitzungen jeweils 21 Tage im voraus an die Vertreter der Gemeinden in den Syndikaten sowie an die Gemeinden- und Schöffenräte verschickt werden, damit die Gemeinderäte ihren jeweiligen Vertretern ein ausdrückliches Mandat übertragen können.

Ein Ausnahmefall ist dann gegeben, wenn mehr als die Hälfte der Anwesenden dies entscheidet.

\* Dies ist allerdings nur dann sichergestellt, wenn auch die Gemeinderäte selbst jeweils vor den Syndikatsitzungen Informationen über die Tagesordnung erhalten. Dies stellt eine stärkere Einflussnahme der gewählten Gemeindevertreter bei den Entscheidungen der Syndikatsleitung sicher.

\* Die Berichte der Syndikatsitzungen sollten, falls Diskussionen weitreichender Natur geführt wurden, in den unterschiedlichen Gemeinderäten zur Diskussion gestellt werden.

\* Die Sitzungsberichte sollten jedem interessierten Bürger zugänglich sein. Auch sollte das Gesetz das Recht des Einzelnen vorsehen, Copien der Dokumente anzufertigen.

### 3. Undemokratische Beschlussfassungen

\* Der Vorstand eines Syndikates kann zur Zeit - ohne Rücksprache mit den Gemeinde- oder Schöffenräten zu nehmen - im Namen aller betroffenen Gemeinden:

- politische Entscheidungen treffen und somit die Orientierung der Syndikate und der Gemeinden festlegen sowie •
- finanzielle Belastungen der Gemeinden entscheiden,

die der demokratischen Abstimmung im Gemeinderat entzogen sind. Dies kann dazu führen - so wie dies in der Vergangenheit bereits mehrmals der Fall war - dass:

\* Entscheidungen getroffen werden, welche nicht von den betroffenen Gemeinden mitgetragen werden;

\* die Gemeinden sich allzu häufig nur wenig mit den Aufgaben des Syndikates identifizieren können und dementsprechend

\* ihre Aufgabe nur noch bedingt übernehmen.

Es ist ein Widerspruch, dass die nationalen Institutionen (Parlament, Regierung) bewusst sehr wichtige Bereiche den lokalen Autoritäten überlassen, wenn diese dann auf Gremien, die keinerlei demokratische Legitimation haben, verlagert werden.

*Der Mouvement Ecologique fordert:*

- Fundamentale Entscheidungen und Beschlüsse sowie
- Entscheidungen welche mit erheblichen finanziellen Ausgaben verbunden sind

dürfen nicht weiterhin ohne Rücksprache mit den betroffenen Gemeinderäten getroffen werden.

Im Syndikatsgesetz muss festgelegt werden, ab welcher Summe die Gemeinderäte der betroffenen Gemeinden ihre Zustimmung zu einem Budgetposten geben müssen. Desweiteren müssen die Gemeinden ihre prinzipielle Zustimmung zur Einstellung von neuem Personal erteilen.

Desweiteren soll im Gesetz festgehalten werden, dass die Gemeindevertreter in dem Syndikat bei wichtigen Entscheidungen seitens des Gemeinderates ein Mandat für die definitive Abstimmung erhalten müssen.

#### 4. Anmerkung: Missachtung des Syndikatsgesetzes sowie der Rechte verschiedener Gemeinden

Bei unterschiedlichen Syndikaten können zur Zeit bestimmte Gemeinden keine Vertreter nominieren, sondern mehrere Gemeinden sind lediglich gemeinsam durch eine Person im Syndikat vertreten. Dies bringt mit sich, dass die unterschiedlichen Interessen der verschiedenen Gemeinden nicht mehr vertreten sind.

Diese Vorgehensweise steht ausserdem im Widerspruch zum jetzigen Syndikatsgesetz. So schreibt Artikel 3 vor, dass jede Gemeinde im Syndikat vertreten sein müssen:

Der Mouvement Ecologique muss feststellen, dass - abgesehen von der Tatsache, dass die wenigsten Gemeinden jeweils mit 2 Vertretern in den Syndikaten vertreten sind - sogar in unterschiedlichen Syndikaten nur mehrere Gemeinden einen Vertreter nominieren konnten (z.B. in der SIDOR). Dies heisst, dass die Zusammensetzung verschiedener Syndikatsräte illegal sind.

Der Mouvement Ecologique plädiert dafür, dass dieser Zustand umgehend geändert werden muss.

Allerdings sind wir der Überzeugung, dass es nicht weiter so sein darf, dass Gemeinden durch nicht gewählte Bürger in den Syndikatsvertreter sind. Die Arbeit der Syndikate prägt unseres Erachtens das Gemeindeleben in entscheidendem Masse. Demnach sollen die Arbeiten auch von gewählten und somit legitimierten Vertretern der Gemeinderäte durchgeführt werden.

Der Mouvement Ecologique fordert:

Die Vertreter der Gemeinden in den Syndikaten sollen jeweils Mitglied des Schöffen- resp. des Gemeinderates sein.

Um der Entstehung einer weiteren Vielzahl von Syndikater unterschiedlichster Zielsetzungen entgegen zu wirken, sollten in Zukunft prioritär Syndikate "à vocation multiple" auf regionaler Basis gefördert werden.

Solche Syndikate könnten u.a. auch bei der Erarbeitung und der konkreten Umsetzung von Plänen und Aktionsprogrammen im Bereich der Landesplanung eine entscheidende Rolle übernehmen. Bestehende Syndikate mit sektorieller Zielsetzung könnten, so weit möglich, progressiv in dem entsprechenden regionalen "syndicat à vocation multiple" integriert werden.